

ÖIF Monitor

Integration & Migration

April 2015

Schwerpunkt: Flucht und Asyl

Ausbau der Sprachkurse für Flüchtlinge in Österreich und aktuelle UNHCR-Daten auf **Seiten 2 und 4**

Antisemitismus in Europa

Studie zu steigender Zahl an Übergriffen auf die jüdische Bevölkerung auf **Seite 3**

Fluchtmigration aus Ukraine

Seit Beginn der Krise über 1,8 Millionen Menschen auf der Flucht auf **Seite 5**

Inhalt

Maßnahmen nach Flüchtlings-Sondergipfel der EU	1-2
Ö: Sprachkurse für Flüchtlinge.....	2
Aktuelles: Österreich und Europa	3
UNHCR-Asyltrends 2014.....	4
Integrationsforschung: Thema Toleranz.....	5
Internationale Migration.....	5
Migration Policies International....	6
Pressebeobachtung, Kurzmeldungen.....	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF.....	8

Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer

EU: Maßnahmen nach Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs

Das Kentern eines mit Flüchtlingen beladenen Bootes im Mittelmeer am 18. April, bei dem schätzungsweise 800 Menschen ums Leben gekommen sind, hat die Flüchtlingsströme nach Europa ins Zentrum der öffentlichen und politischen Debatten gerückt. Gesucht wird nun nach Ansätzen zur Verhinderung derartiger Tragödien.

Die Route über das Mittelmeer nach Europa gilt als tödlichste Fluchstrecke der Welt. Seit dem Ertrinken von 366 Personen vor der italienischen Insel Lampedusa im Oktober 2013 wurde fast wöchentlich von neuen Todesfällen von Flüchtlingen berichtet, die beim Versuch umgekommen sind, Europa von Afrika aus über den Seeweg zu erreichen. Laut EU-Grenzschutzagentur Frontex

sind im Jahr 2014 rund 280.000 Menschen illegal nach Europa eingereist, ungefähr 220.000 davon über Seeaußengrenzen. 3.500 Menschen starben im Jahr 2014 laut UNHCR im Mittelmeer. Der EU-Rat kam am 23. April zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um mögliche Lösungen zu finden und die Ursachen der oft tödlich endenden Flüchtlingsströme zu erörtern. 

→ Fortsetzung von Seite 1
EU: Maßnahmen nach Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs

Nach dem EU-Außen- und Innenministertreffen am 20. April in Luxemburg, bei dem die Flüchtlingsfrage aufgrund seiner Dringlichkeit auf die Agenda gesetzt wurde, stellte der EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft Dimitris Avramopoulos zehn Punkte vor, die als Diskussionsgrundlage für den speziell einberufenen Sondergipfel zur Flüchtlingsfrage am 23. April galt.

EU-Erklärung nach Sondergipfel

Auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten zu mehreren Punkten: Einerseits soll die Präsenz der EU-Operationen Triton und Poseidon, beide der Grenzschutzagentur Frontex unterstellt, verstärkt bzw. die Mittel verdreifacht werden. Andererseits will die EU verstärkt gegen Schlepper vorgehen, z.B. über die Identifizierung und Zerstörung von Schlepperschiffen. Einen weiteren Punkt stellen Vorkehrungen gegen irreguläre Migration dar. Diebezüglich ist eine engere Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten auf allen Ebenen vorgesehen. Im Bereich verstärkter Solidarität spricht die Erklärung von einer raschen Umsetzung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems sowie einer Nothilfe für die Mitgliedsstaaten mit EU-Außengrenzen. Zur rascheren Bearbeitung von Asylanträgen könnte das Europäische Unterstüt-

zungsbüro für Asylfragen Teams in Grenzstaaten wie Italien und Griechenland einrichten. Ebenfalls solle ein Sondermechanismus zur Verteilung von Flüchtlingen in akuten Notsituationen ausgelotet und ein freiwilliges Pilotprojekt zur Neuansiedelung von Flüchtlingen gestartet werden. Die EU-Kommission hat einen Fahrplan für die Umsetzung in den kommenden Monaten angekündigt. Die Mitgliedsstaaten sollen schnellstmöglich mit der Implementierung der Maßnahmen beginnen.

Österreichische Position

Zusätzlich stehen weitere mögliche Maßnahmen und Forderungen zur Debatte. Von Seiten der österreichischen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner wird neben einer Quotenregelung zur gerechten Verteilung von Flüchtlingen unter den EU-Staaten auch die Errichtung von Erstanlaufstellen in Nordafrika gefordert. UNHCR betont die Notwendigkeit von legalen Fluchtwegen und die Möglichkeit zur einfacheren Erteilung von humanitären Visa. Als unmittelbare Maßnahme sollen die Rettungsmaßnahmen im Mittelmeer ausgedehnt werden. Österreichs Außenminister Sebastian Kurz sieht längerfristig einen wichtigen Ansatz in der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Afrika und im Nahen Osten. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Schwerpunkt: Flucht und Asyl Österreich: Aufstockung von Sprachkursen für Flüchtlinge

Auch in Österreich steigt die Zahl der Asylwerber/innen und der Asylberechtigten. Eine höhere Anzahl an anerkannten Flüchtlingen – darunter viele Syrer/innen – bedeutet auch einen erhöhten Bedarf an Deutschkursen als wichtige Integrationsmaßnahme. Nun hat die Regierung weitere Kursplätze zugesagt.

Konkret werden von der Bundesregierung 7.300 zusätzliche Deutschkursplätze bereitgestellt. Insbesondere sollen diese für syrische Flüchtlinge herangezogen werden. Diese kommen u.a. im Zuge eines humanitären Aufnahmeprogramms aus der Krisenregion nach Österreich. Österreich hat darin im vergangenen Jahr die Aufnahme von 1.500 Flüchtlingen aus Syrien zugesagt. Die Maßnahme wurde gemeinsam von Sozial-, Integrations-, und Innenministerium beschlossen. Das Sozialministerium wird in diesem Jahr 4.300 zusätzliche Kursplätze (3,44 Mio. Euro), das Integrationsministerium 2.000 (1,6 Mio. Euro) und das Innenministerium etwa 1.000 weitere Plätze zur Verfügung stellen. Laut Bundesregierung sind aber auch andere Verantwortungs-träger wie insbesondere die Länder gefragt, um den steigenden Bedarf gemeinsam zu decken. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Aktuelles: Österreich

Parlament erkennt Genozid an Armenier/innen an

Das österreichische Parlament gab am 22. April eine Erklärung ab, in der es die Gewalt und den Mord an den Armenier/innen und deren Vertreibung durch das Osmanische Reich 1915 als Genozid anerkennt und verurteilt. Die türkische Regierung sah daraufhin die Beziehung zu Wien „dauerhaft beschädigt“ und berief den türkischen Botschafter zu Konsultationen nach Ankara.

Anlass für die Erklärung, die von allen Parteien im Parlament getragen wurde, war der 100. Jahrestag des Beginns des systematischen Vorgehens gegen die armenische Bevölkerung. Laut armenischer Darstellung kamen dabei bis zu 1,5 Millionen Menschen ums Leben. Das Europaparlament bezeichnete die Ereignisse bereits 1987 offiziell als Völkermord, auch wenn die EU-Kommission den Begriff bislang vermieden hat. Bezüglich der parlamentarischen Erklärung wurde betont, dass man keinesfalls die Türkei bzw. türkische Mitbürger/innen in Österreich kränken oder provozieren wolle. Wichtig sei hingegen die Hilfestellung bei der Aussöhnung zwischen der Türkei und Armenien. Der Text betont Österreichs historische Verantwortung, da die österreich-ungarische Monarchie im 1. Weltkrieg mit dem Osmanischen Reich verbündet war.

Reaktion der Türkei

Die türkische Regierung reagierte empört auf die Erklärung des österreichischen Nationalrates und berief den türkischen Botschafter zu Konsultationen zurück. In einer Stellungnahme bezeichnete die türkische Regierung Österreichs Haltung als voreingenommen und sprach von religiöser Diskriminierung, da in der Erklärung nur Beileid mit den christlichen, aber nicht mit den muslimischen Opfern zum Ausdruck käme. Auch türkische Verbände in Österreich sprachen von Kränkung und Empörung. Am Jahrestag der Ereignisse, dem 24.4.2015, kam es in Wien zu Demonstrationen, sowohl von Gruppen, welche die Haltung der Türkei unterstützen, als auch von Gegendemonstranten. Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz telefonierte nach Veröffentlichung der österreichischen Erklärung mit seinem türkischen Amtskollegen und unterstrich, dass die Erklärung sich auch kritisch mit der Rolle Österreich-Ungarns im 1. Weltkrieg befasst und von allen Parteien mitgetragen wurde. Kurz appellierte an Ankara, Respekt für die Erklärung des Parlaments zu erweisen, und sieht eine Aussöhnung zwischen Türk/innen und Armenier/innen als künftiges Ziel. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Aktuelles: Europa

Anstieg von antisemitischen Übergriffen

Die Universität von Tel Aviv hat anlässlich des israelischen Holocaust-Gedenktages eine Studie über die antisemitische Gewalt in Europa mit alarmierenden Zahlen veröffentlicht. Dem Bericht zufolge wurden im vergangenen Jahr weltweit 766 Fälle erfasst. Das entspricht einer Steigerung der antisemitischen Übergriffe von 38 Prozent gegenüber dem Jahr 2013.

Vor allem in Westeuropa seien Personen jüdischen Glaubens immer häufiger von Übergriffen betroffen. Die meisten gewalttätigen Vorfälle ereigneten sich in Frankreich (164) und Großbritannien (141). In Deutschland habe sich die Zahl 2014 mehr als verdoppelt (von 36 auf 76). In Österreich wurden 9 solcher Taten registriert (2013: 4). Bei anderen, nicht gewalttätigen Übergriffen (z.B. verbaler oder visueller Art) haben sich die Zahlen in Österreich innerhalb eines Jahres verdoppelt (von 137 auf 255). Als einer der Gründe für den Anstieg nannten die Forscher den Gaza-Krieg im Sommer 2014. Zusätzlich würden anti-jüdische Karikaturen in Medien und Sozialen Netzwerken zu einer verschärften antisemitischen Stimmung beitragen. Auch die Hass-Propaganda der Terrormiliz „Islamischer Staat“ könne den Anstieg gefördert haben. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Schwerpunkt: Flucht und Asyl

UNHCR-Asyltrends 2014: Erstantragszahlen in 44 Industriestaaten stark angestiegen

866.000 Asylanträge wurden in den 44 vom jüngsten UNHCR-Bericht erfassten Ländern im Jahr 2014 gestellt. Das entspricht einem Anstieg von rund 45%. Somit nähert sich der Wert dem bisherigen Rekord von fast 900.000 Anträgen im Jahr 1992 an. 714.300 Anträge wurden in Europa eingebracht.

Im Unterschied zum unlängst erschienenen Asylbericht vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) fasst der Bericht „Asylum Trends 2014“ des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) nicht nur Daten aus den EU-Ländern zusammen, sondern liefert Statistiken zu Asylanträgen aus 38 europäischen und sechs nicht-europäischen Industrieländern. In etwa 30 dieser Staaten kam es 2014 im Vergleich zum Vorjahr zu einem Anstieg von Anträgen. Vor allem in der zweiten Jahreshälfte war ein starker Zuwachs zu verzeichnen. Die fünf Länder mit den meisten Asylanträgen 2014 waren laut UNHCR:

- Deutschland: 173.100
- USA: 121.200
- Türkei: 87.800
- Schweden: 75.100
- Italien: 63.700

Herkunftsländer der Asylwerber/innen

Die meisten Asylwerber/innen kamen 2014 aus folgenden Ländern:

- Syrien
- Irak
- Afghanistan
- Serbien und Kosovo
- Eritrea

Analysiert man die Herkunftsländer der Antragsteller/innen in den Top-3-Ländern, gibt es durchaus nennenswerte Unterschiede. Während in Deutschland die größten Gruppen aus Syrien, Serbien und Kosovo und Eritrea stammten, gingen die meisten Anträge in den USA von Personen aus Mexiko, China und El Salvador ein. Die meisten in der Türkei gestellten Anträge kamen wiederum von Personen aus dem Irak, die 58% aller Erstanträge im Jahr 2014 stellten, gefolgt von Personen aus Afghanistan und dem Iran.

Außereuropäische Länder

Australien fällt als eines der Länder auf, das 2014 einen Rücklauf der Asylanträge erlebt hat.

Im Jahresvergleich mit 2013 sank die Zahl der Anträge im Jahr 2014 um 23% auf 9.200. In Japan stieg die Zahl 2014 um über 50% auf 3.300 an. Die meisten Schutzsuchenden kamen aus Nepal und der Türkei. In der Republik Korea (Südkorea) gingen die meisten der 2.900 Anträge von Menschen aus Ägypten, Pakistan und China ein. Zwar befanden sich die Gesamtzahlen dieser Länder im internationalen Vergleich auf niedrigem Niveau, dennoch gelten die Antragszahlen beider Länder als Spitzenwert.

DATEN UND FAKTEN UNHCR: Asylum Trends 2014

45%	Anstieg der Asylanträge in den 44 Industriestaaten
44%	Anstieg der Asylanträge in der EU
95%	Anstieg der Asylanträge in Südeuropa
42%	Anstieg der Asylanträge in Nordamerika
-24%	Rückgang der Asylanträge in Australien

Weitere Informationen finden Sie [» hier](#)

Integrationsforschung

Österreich: Toleranz bei Religionen laut Studie gering

Laut einer Umfrage schätzen sich Österreicher und Österreicherinnen in vielen Bereichen als sehr tolerant ein. Was die Toleranz gegenüber anderen Religionen betrifft, sieht das Ergebnis jedoch anders aus – betroffen ist insbesondere die Einstellung gegenüber dem Islam.

Das Mauthausen Komitee Österreich ließ anlässlich des 70-jährigen Jahrestages der Befreiung vom nationalsozialistischen Regime eine Umfrage zum Thema Toleranz durchführen. Abgedeckt wurden Bereiche wie Sexualität, ethnische Herkunft und Hautfarbe sowie Religion, Geschlecht und Behinderung. Während eine deutliche Mehrheit der Befragten sich beispielsweise offen gegenüber Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe, Menschen mit Behinderungen oder Homosexuellen gaben, herrscht bezüglich anderer Religionen, und hier besonders gegenüber dem Islam, größerer Vorbehalt. 65% der Befragten hielten es für problematisch, wenn ein Familienmitglied zum Islam übertreten wolle, 64% würden sich durch den Bau einer Moschee in der Nachbarschaft gestört fühlen. Laut Studie haben sich Frauen in allen Bereichen als toleranter erwiesen als Männer.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Internationale Migration

Philippinen: Faktor Arbeitsmigration

In Österreich bleibt die Zuwanderung aus südostasiatischen Ländern aufgrund der geringen Gesamtzahl weitgehend unbeachtet. Wanderungsbewegungen und insbesondere die Arbeitsmigration sind für Länder wie die Philippinen seit Jahrzehnten jedoch ein bedeutender Faktor.

Zwischen 2010 und 2013 sollen täglich an die 5.000 Philippiner ihr Land verlassen haben, um im Ausland Arbeit zu suchen. 2013 waren die Top-3-Destinationen philippinischer Arbeitskräfte Saudi Arabien, die Arabischen Emirate und Singapur. Die meisten Arbeitsmigrant/innen arbeiten im Haushalt, in der Krankenpflege und der Gastronomie. Laut Weltbank gingen 2014 über 28 Mrd. USD an Remittances (zurückgeschickten Devisen) an die Philippinen, eine wichtige Einkommenquelle für das Land. Eine solche Abwanderung – rund 10% der Bevölkerung sollen im Ausland leben – hat aber auch nachteilige soziale, ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen für das Land. In Österreich begann die Anwerbung von Krankenschwestern/Pflegepersonal von den Philippinen in den 1970er Jahren. Aktuell sind in Österreich ca. 12.500 Personen mit Geburtsort Philippinen registriert.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Internationale Migration

Ukraine: Über 1,8 Millionen Menschen auf der Flucht

Der seit 2014 andauernde Ukraine-Konflikt hat verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung im Land. Laut Daten des UNO-Flüchtlingshochkommissariats mussten rund 1,8 Mio. ihr Zuhause verlassen. Besonders betroffen ist die Region im Osten des Landes.

1,1 Millionen der Menschen, die aufgrund des bewaffneten Konflikts in der Ukraine die Flucht ergreifen mussten, sind Binnenflüchtlinge (Internally Displaced Persons, IDPs). Besonders betroffen sind Menschen aus den Regionen Luhansk und Donezk in der Ostukraine. Fast 700.000 Personen sind ins Ausland geflüchtet. Mit 600.000 Personen befindet sich der Großteil in Russland, fast weitere 81.000 in Weißrussland. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind besonders viele Frauen und Kinder unter den IDPs. Zusammen mit der Europäischen Union hat IOM eine kostenfreie Telefon-Hotline für Binnenflüchtlinge eingerichtet, um grundlegende praktische Information an die Hilfesuchenden weitergeben zu können. Humanitäre Hilfe wird u.a. von der EU, den einzelnen Mitgliedsstaaten, UNO-Organisationen und dem Roten Kreuz geliefert.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

USA: Task Force stellt neuen Nationalen Integrationsplan vor

Im November 2014 beauftragte US-Präsident Barack Obama eine „White House Task Force on New Americans“ mit der Entwicklung einer bundesweiten Strategie zur besseren Integration von Zuwander/innen. Am 14. April 2015 wurde nun der Nationale Integrationsplan veröffentlicht. Die Strategie zielt nicht nur auf bundesweite, sondern auch auf regionale und lokale Maßnahmen ab. Die vordergründigen Themenbereiche sind der Auf- bzw. Ausbau von Willkommensgemeinschaften („Welcoming Communities“), Einbürgerung und Förderung von zivilem Engagement von Zuwander/innen, die Stärkung des (Klein-) Unternehmertums, die Weiterentwicklung von Qualifikationen von Einwander/innen und der Schutz der Arbeitsrechte der sogenannten Neuen Amerikaner/innen. Als weiterer wichtiger Punkt gilt auch der Ausbau von sprachlicher Integration und Bildung. In den nächsten Monaten soll die Task Force die Umsetzung dieser strategischen Ziele begleiten. In den Vereinigten Staaten leben aktuell über 43 Millionen im Ausland geborene Menschen, 13% der Bevölkerung wurden somit im Ausland geboren.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

Kanada: Neuregelung für temporäre Arbeitsgenehmigungen tritt in Kraft

Am 1. April trat eine neue Regelung für „Temporary Foreign Workers“ (TFW) in Kanada in Kraft. Dabei handelt es sich um Zuwander/innen mit zeitlich beschränkter Arbeitsgenehmigung. Die Betroffenen, die teilweise jahrelang in Kanada gearbeitet haben, können ihre TFW-Visa, mit gewissen Ausnahmen, künftig nicht mehr erneuern und müssen das Land verlassen. Als einzige Alternative gilt ein Ansuchen um einen permanenten Aufenthaltstitel in Kanada, wobei es Medien zufolge bei der Antragsbearbeitung bereits einen beträchtlichen Rückstau gibt. Betroffenen kann deshalb ein einjähriger Aufschub gewährt werden. 2011 wurde das TFW-Programm von der Regierung so abgeändert, dass die Gastarbeiter/innen nach vier Jahren nicht erneut um Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung ansuchen können. Die Regierung will mit dieser Maßnahme Kanadier/innen den Vorzug am Arbeitsmarkt geben. Betroffen sind in erster Linie weniger qualifizierte Arbeitskräfte. Nicht vorherzusehen ist, wie viele Personen Kanada so in den nächsten Jahren verlassen müssen. Unternehmen fürchten einen Arbeitskräftemangel.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

Portugal: Strategischer Plan für Migration 2015–2020 verabschiedet

Ende März trat in Portugal der neue, von der Regierung beschlossene, strategische Plan zur Migrationspolitik für 2015–2020 in Kraft. Die vorgelegte Strategie umfasst 106 Handlungsfelder und baut auf fünf wesentlichen Säulen auf. Die erste Säule – Integrationsmaßnahmen für Zuwander/innen – fokussiert die Integration bereits in Portugal lebender Migrant/innen und soll die bereits umgesetzten Programme konsolidieren. Die zweite Säule zielt auf die Integration und Eingliederung von neuen Staatsbürger/innen ab. Gemeint sind damit Maßnahmen für die zweite Generation von Zuwander/innen oder jene Personen, die Zugang zur Staatsbürgerschaft erlangen können. Die dritte Säule umfasst Maßnahmen zur besseren Koordination von Migrationsströmen, wobei Portugal vor allem für hochqualifizierte Zuwander/innen als attraktives Zielland bekannt gemacht werden soll. Säule vier zielt auf eine Verbesserung der Dienstleistungen im Migrationsbereich ab. Die letzte Säule konzentriert sich auf ausgewanderte portugiesische Staatsbürger/innen und soll sie bei Rückkehrwünschen unterstützen, Anreize schaffen und die Rückkehrbewegungen erfassen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Pressebeobachtung: Integration und Migration

Worüber wurde im März berichtet?

Neben den seit Monaten prominent aufgegriffenen Themen rund um Flüchtlinge und Asyl im In- und Ausland stand im März auch Bildung und Integration im Fokus der Medienberichterstattung im Bereich Migration und Integration.

Zu Beginn des Monats erschienen anlässlich des Ende Februar verabschiedeten neuen Islamgesetzes vermehrt Artikel über nationale und auch internationale Reaktionen auf das Gesetz, wobei vor allem Stimmen aus Deutschland und der Türkei aufgegriffen wurden. Anlässlich des Weltfrauentages wurden auch Daten und Geschichten über Migrantinnen in Österreich veröffentlicht.

Bildung und Sprache

Ein zentraler Bereich der Medienberichterstattung im März war die Bildung. Einerseits wurde Anfang des Monats über die Aufstockung der Mittel für die sprachliche Frühförderung von Kindern mit mangelhaften Deutschkenntnissen berichtet, andererseits standen im Laufe des Monats Debatten rund um eine vermeintliche „Deutsch-Pflicht“ in Schulen, die Zahl der Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache und angekündigte Fördermaßnahmen (Schlagwort:

„Ghettoklassen“) im Vordergrund. Auch die Vorstellung des Integrationspakets durch Integrationsminister Sebastian Kurz anlässlich der Regierungsklausur in Krems wurde in den Medien aufgegriffen.

Internationale Berichte über Asylanträge

Aufmerksamkeit erzeugte auch der Jahresbericht 2014 von Eurostat zu den in den EU-Ländern gestellten Asylanträgen. Der Anstieg um 44% im Vergleich zum Vorjahr und auch die relativ hohe Asylwerberquote in Österreich im direkten Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten wurden in diversen Berichten aufgegriffen.

ÖIF in den Regionen

Im März wurde auch verstärkt über den ÖIF berichtet. Einerseits wurde die offizielle Eröffnung des Integrationszentrums in Kärnten auch in den diversen, in erster Linie regionalen Medien angekündigt. Andererseits wurde im Raum Salzburg über den Übergriff auf das Integrationszentrum des ÖIF berichtet, bei dem Sachschaden entstand.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»**Fremdenrechtsnovelle passiert Ministerrat** — Die Änderungen betreffen die Grundversorgung, die Entlastung von Erstaufnahmestellen sowie die Beschleunigung von Asylverfahren für Asylwerber aus „sicheren Drittstaaten“.«««

»»»**Steigende Arbeitslosigkeit bei ausländischen Staatsbürger/innen in Wien** — Der Anstieg betrug im März 2015 im Vergleich zum Vorjahr rund 31%. Insgesamt waren in Österreich laut AMS knapp 98.000 Ausländer/innen als arbeitslos registriert.«««

»»»**Islamgesetz in New York Times** — Auch in den USA fand das neue österreichische Islamgesetz Echo. Die renommierte New York Times veröffentlichte einen Gastkommentar zum Thema.«««

»»»**Neues Maßnahmenpaket gegen Rassismus und Antisemitismus in Frankreich** — Der französische Premierminister hat den Plan mit 40 verschiedenen Maßnahmen in den Bereichen Justiz, Internet und Bildung vorgestellt.«««

»»»**ZARA-Rassismus Report 2014** — Laut Bericht kam es 2014 zu 794 dokumentierten rassistischen Vorfällen in Österreich.«««

Publikationen



**Statistische Broschüre
migration & integration.
Schwerpunkt: Arbeit &
Beruf. 2014/15**
ÖIF

Die Schwerpunktbroschüre zum Thema Arbeit und Beruf liefert kompakt und übersichtlich Daten, Zahlen und Fakten zu Migrant/innen in Österreich. Im Mittelpunkt stehen Aspekte wie Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Bildung bzw. Qualifikation.

Bestellinformationen >>> [hier](#)



Islamglossar. Begriffe einfach erklärt
ÖIF, IGGiÖ

Das Islamglossar bietet kompakte Erläuterungen und verständliche Erklärungen zu einer Vielzahl von Begriffen rund um den Islam.

Bestellinformationen >>> [hier](#)



**Subsidiär Schutzberechtigte in
Österreich**
UNHCR Österreich

Die im März vorgestellte Studie analysiert die Situation von subsidiär Schutzberechtigten in Österreich und

spricht Empfehlungen aus.

Bestellinformationen >>> [hier](#)

Termine

16. APRIL – 11. JUNI, INNSBRUCK

Ringvorlesung: Neue Ansätze in der islamischen Theologie und Religionspädagogik im europäischen Kontext: Binnen- und Außenperspektiven
Renommierte Expert/innen bieten in der Vorlesungsreihe Einblicke in den aktuellen Diskurs rund um die Islamische Religionswissenschaft und -pädagogik. Wo: Universität Innsbruck.
Weitere Informationen und Anmeldung >>> [hier](#)

7./8. MAI, BRÜSSEL

Jahreskonferenz 2015 zu Europäischem Migrationsrecht

Die diesjährige Konferenz befasst sich mit der für Europa besonders aktuellen Thematik der Arbeitsmigration. Dabei soll die Entwicklung eines kohärenten Rechtsrahmens analysiert und Stakeholdern neue Rechtsbestimmungen erläutert werden.
Weitere Informationen >>> [hier](#)

25. JUNI, BRÜSSEL

Symposium „Unlocking the Potential of Migrants in Europe: From Isolation to Multi-level Integration“

Das internationale Symposium bietet eine Diskussionsplattform rund um eine verbesserte EU-Strategie zur Verbesserung von Integrationsmaßnahmen und bietet die Gelegenheit zum Erfahrungs- und Ideenaustausch.

Weitere Informationen >>> [hier](#)

Neues vom ÖIF



**Workshopreihe
„Erfolgreich in Wien“**

Ab Ende April bietet der ÖIF in Kooperation mit dem Forum [EPU KMU] der Wirtschaftskammer Wien Migrant/innen die Möglichkeit, bei thematischen Workshops Informationen zu organisatorischen, wirtschaftlichen und strategischen Fragen zu bekommen.

Weitere Informationen und Anmeldung >>> [hier](#)



**ZUSAMMEN:ÖSTERREICH-
Magazin: Neue Ausgabe**

Die neue Ausgabe von ZUSAMMEN:ÖSTERREICH fragt, wie kulturelle Konflikte das Klima in unserer Gesellschaft belasten und wie wir das Miteinander verbessern können.

Weitere Informationen und kostenfreie Bestellung >>> [hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impressum abgerufen werden.